

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionssitz: Riesa.

Nummer Nr. 20.

Buchdruckerei: Leipzig 21000.

Große Straße Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 185.

Mittwoch, 13. August 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Sonntagspreis, gegen Vorabzahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abschaltung am Postschalter vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.80 Mark. Anzeigen für die Nummer des Anfangsabgabes sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Abreisen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 2 mm hohe Gründungs-Zeile (7 Silben) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; gezeichnete und tabellarische Tafel 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. jede Tafel. Semäßiger Rabatt erhältlich, wenn der Betrag verfällt, durch Flage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbelagte „Frühstück an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsbetriebsstätten — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arndt Döhnel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Lebensmittelverteilung.

Es kommen zur Verteilung vom Freitag, den 15. Ibd. Mitt. ab:

1. auf Abschnitt 87 der grünen Nährmittelliste I	250 gr Kindernahrung Vanin,
	250 gr Reis oder Quiebäck.
	125 gr Reis,
	250 gr Kindernahrung Vanin,
	250 gr Reis oder Quiebäck,
	125 gr Reis,

2. auf Abschnitt 87 der grauen Nährmittelliste I	250 gr Haferslocken oder Graupen,
	40 gr Kartoffelmehl,

gelben Nährmittelliste I	150 gr Haferslocken oder Graupen,
	40 gr Kartoffelmehl.

3. auf Abschnitt 81 der gelben Warenbezugskarte III	250 gr Kunsthonig.
---	--------------------

Die Entnahme hat bis spätestens den 20. Ibd. Mitt. zu erfolgen.

Der Preis beträgt für

Kindernahrung Vanin	—60 M. f. d. Paket zu 1/2 Pfund,
Reis	—39 " "
Quiebäck	—44 " "
Haferslocken (lose)	—62 " " Pfund,
Graupen	—38 " " Beutel zu 1/2 Pfund,
Reis	—44 " " Pfund,
Kartoffelmehl	—1.38 " "
Kunsthonig	—78 " "
	—80 "

Die Abschnitte 87 der grauen, grünen und roten Nährmittelliste I, sowie die Abschnitte 81 der gelben Warenbezugskarte III sind ungebündelt und ungesägt in einem verschlossenen Briefumschlag mit der Aufschrift der Verteilungsstelle bis spätestens den 22. Ibd. Mitt. an die Unterstellungsstelle einzureichen. Die Unterstellungsstelle hat die Abschnitte gesammelt bis spätestens den 24. Ibd. Mitt. an die Amtshauptmannschaft einzurichten.

Die Abschnitte 87 der gelben Nährmittelliste I sind direkt bis spätestens den 22. Ibd. Mitt. an Herrn Kommissar Gustav Vilke in Riesa einzurichten.

Riesa, am 12. August 1919.

1250 dfl. Der Kommunalverband.

Verteilung von ausländischem Maismehl.

Am Freitag, den 15. August und Sonnabend, den 16. August 1919 wird von denjenigen Stellen, bei denen die Einführungsaufkarten für Mehl zur Belieferung angemeldet sind, auf Abschnitt 10 der Einführungsaufkarte ausländisches Maismehl ausgegeben, nur in denjenigen Stellen, die Maismehl nicht mehr zur Verfügung haben, darf ausländisches Weizenmehl abgegeben werden.

Es entfallen 250 gr auf den Kopf.

Der Preis beträgt 62 Pf. für das Pfund Maismehl, 85 Pf. für das Pfund Weizenmehl.

Die Verkaufsstellen haben die abgetrennten Abschnitte 10 zu sammeln, zu je 100 Stück zu bündeln und bis spätestens den 20. August 1919 an die Amtshauptmannschaft einzurichten.

Die Pakete sind mit der in der Bekanntmachung vom 5. Juni (Blatt 9) vorgeschriebenen Aufschrift zu versehen.

Die Belieferung bereits verfallener Abschnitte ist unzulässig. Es dürfen bei dieser Ausgabe also nur die Abschnitte 10 belieft werden.

Verteilung von ausländischem Maismehl.

Riesa, den 13. August 1919.

— Richtamtslicher Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab in der Oberrealsschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium fehlten Frau Stadtr. Schimpert und Herr Stadtr. Raden. Als Vertreter des Rates wohnten Herr Bürgermeister Dr. Scheider und Herr Stadtrat Dr. Fröde der Sitzung bei; außerdem waren Herr Ratsassessor Dr. An, Herr Stadtrat Müller und Herr Stadtrat Scherffig anwesend. Der Bürotreuer war stark besucht. Die Sitzung leitete Herr Vorsteher Schönfuss.

1. Regelung der Gehaltsbezüge der städtischen Beamten und Lehrer. (Berichterstatter Herr Stadtr. Vorst. Schönfuss.) Die Frage der Regelung der Gehaltsbezüge der städtischen Beamten und Lehrer schwante bereits seit langerer Zeit. Sie war immer wieder zurückgestellt worden, weil die in Aussicht genommene Regelung der Bezüge der Staatsbeamten erst abgewartet werden sollte. Wiederholte Eingaben der Lehrerkirche und der städtischen Beamten haben aber schließlich doch dazu gezwungen, die Frage in Behandlung zu nehmen. Nach eingehender Prüfung und vorgenommenen Erhebungen und nachdem man von dem Beschluss des Vorstandes des Sächsischen Gemeindetages Kenntnis erhalten hatte, der vorstädte die Regelung der Gehaltsbezüge der städtischen Beamten aufzuschlagen, mit Rücksicht darauf, dass zurzeit sich nicht übersehen lässt, welche Regelung die Staatsregierung wegen der künftigen Gehälter ihrer Beamten und der Lehrer vornehmen wird, von einer grundlegenden Neuregelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Volksschulen und den städtischen Beamten und Angestellten zurzeit abzusehen und zunächst die Maßnahmen abzunutzen, welche die Staatsregierung in den gleichen Fragen für den Herbst dieses Jahres in bestimmtem Ausmaß gestellt hat, zumal leichtere Maßnahmen ohne Zweifel auf die Bevölkerungsverhältnisse der Gemeindebeamten und der im Gemeindebedarf angestellten Lehrer rückwirken müssen. Da man jedoch der Überzeugung ist, dass beim Ausbleiben der Neuregelung in diesem Jahre auf andere Weise der durch die Tenervungsverhältnisse hervorgerufenen Notlage der Lehrer und Beamten abgeholfen werden muss, empfiehlt man den städtischen Kollegen, für das Jahr 1919 alle Beamten und Lehrer an der Oberrealsschule und den Volksschulen zu den bisherigen Bezügen einen monatlichen Zuschlag zur Tenervungsbelagte in Höhe von 100 Mark ab 1. Januar 1919, den jüngsten Beamten unter 30 Jahren

nur 80 Prozent davon und den Diakonien (Hilfslehrern, Hilfsberatern und Schreibern) die Tenervungsbelagte nach dem Beschluss des Gesamtministeriums vom 4. Juni 1919 Nr. 2801 I. zu gewähren. Die Beschränkung der Tenervungsbelagte auf diejenigen, deren Diensteinkommen an Gehalt, Wohnungsgeld und Tenervungsbelag, einschließlich Kinderbelag, den Betrag von 5700 Mark nicht erreicht, soll nicht in Anwendung kommen. Damit soll zugleich die der Stadt nach der Verordnung des Kultusministeriums vom 8. Juli 1919 angesetzte Verpflichtung bezüglich der Gewährung einer besonderen Tenervungsbelagte als erfüllt angesehen werden. Der durch die vorstehende Regelung erforderlich werdende Aufwand bezieht sich auf insgesamt 139 067 Mark. Der Rat hat sich dem Beschluss des Finanzausschusses angezogen. Der Schulausschuss hat sich dahin ausgesprochen, dass, obwohl der Finanzausschussbeschluss eine ähnliche Lösung nicht lei, man unter den gegebenen Verhältnissen der Regelung zustimmen könne. Der Schulausschuss hat außerdem noch empfohlen, die Regelung der Bevölkerung der Überbürden für die Lehrerkirche jetzt mit durchzuführen. Die Bevölkerung soll ab 1. Juli 1919 für eine Jahrestunde mit 200 Mark erfolgen. Herr Stadtr. Günther stellt folgenden Antrag: Die Ausgleichsbelagte, welche den städtischen Beamten und Lehrern gewährt werden soll, stellt eine Rostandsmaßnahme dar. Sie ist deshalb in solchem Umfang zu gewähren, dass durch ihre Auszahlung vor allem dem wirtschaftlich Schwachen geholfen wird. Die vorgeschlagene Regelung würde vollkommen unsocial wirken. Es wird daher nachfolgendes beantragt: 1. Jeder Beamte, dessen Diensteinkommen an Gehalt, Wohnungsgeldaufschuss und Tenervungsbelag bei Verhältnissen von 8000 Mark, bei Überhältern von 6000 Mark nicht erreicht, erhält den staatlichen Zuschlag von 100 Mark. Unioweit durch diesen Zuschlag der Betrag von 8000 bez. 6000 Mark überschritten wird, ist der Zuschlag entsprechend zu verfahren. 2. Die Kinderbelagte bleiben bei der Berechnung des Einkommens unberücksichtigt. 3. Hilfslehrer und Lehrer sind in derselben Weise wie die Beamten zu behandeln. 4. Den lebigen Diakonien ist ein Mindestzuschlag von 50 Mark monatlich an den bisherigen Belagten zu gewähren. Die Herren Stadtr. Sander, Dr. Schneider, Baumh. Vorsteher Schönfuss und die Stadtr. Friedler und Schönborn. Der Antrag befreude, die Schiedsbesetzung herauszuheben. Ein Existenzminimum müsse erreicht werden. Der Antrag Günther wurde mit 10 gegen 8 Stimmen abgelehnt und hiess, die Plausvorlage einstimm-

II. Inland-Mehl.

In der gleichen Zeit, also am Freitag, den 15. August und Sonnabend, den 16. August 1919 können diejenigen, die auf den Verzug des ausländischen Mehl's verzichtet haben, auf Abschnitt 10 der rostfarbenen Aufkarte 250 gr inländisches Mehl bei jeder Verkaufsstelle, die sich mit der Abgabe von Mehl im Kleinhandel beschäftigt, entnehmen.

Diese Verkaufsstellen haben die belieferten Abschnitte mit der am Montag, den 18. Ibd. Mitt. zu erstattenden allgemeinen Bestands- und Verbrauchsanzige an die Amtshauptmannschaft mit einzufügen.

Die Belieferung bereits verfallener Abschnitte ist unzulässig. Es dürfen bei dieser Ausgabe also nur die Abschnitte 10 belieft werden.

Zur Abwehrhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht auf Grund des Strafgesetzbuches härtere Strafen Blau zu greifen haben, auf Grund von § 17 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Großenhain, am 12. August 1919.

1543a III. Der Kommunalverband.

Verteilung von ausländischem Schweinefleisch.

Bei der in der laufenden Woche (bis 16. August 1919) stattfindenden Ausgabe von Inlandsschlachtkarten wird auf Abschnitt 9 der Einführungsaufkarte amerikanisches Schweinefleisch mit verteilt.

Es entfallen 250 gr für Erwachsene, 125 gr für Kinder unter 6 Jahren.

Der Preis beträgt 3.96 M. für das Pfund. Die abgetrennten Abschnitte sind getrennt nach Abschnitten für Erwachsene und Kinder zu je 100 Stück zu bündeln und bis spätestens den 20. Ibd. Mitt. hierher, Lebensmittelstelle, einzufinden.

Zur Abwehrhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden, soweit nicht auf Grund des Strafgesetzbuches härtere Strafen Blau zu greifen haben, auf Grund von § 17 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Großenhain, am 12. August 1919.

1488a III. Der Kommunalverband.

Versteigerung.

Sonnerstag, den 14. August 1919, nachmittags 4 Uhr sollen in Gröba, Streblack Str. 27 einige Leutner anstehender Rohrbrüche versteigert werden. Versammlung der Bieter an Ort und Stelle.

Riesa, den 13. August 1919.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freibank Gröba.

Sonnerstag, den 14. August 1919, vormittags 8-11 Uhr Verkauf von rohem Rindfleisch. Preis 2.— M. das Pfund.

Gröba (Elbe), am 13. August 1919. Der Gemeindevorstand.

Heu, Roggenstroh und Sägespäne

Großantamt Riesa.

Die Abholung an der zum Tep. Pl. Zeithain gehörigen Abendrothstraße und auf dem Flurstück 178a des Flurbuchs für Böberen wird Mittwoch, den 20. August 1919, vormittags 10 Uhr im Geschäftszimmer 20 verordnet. Die vorher einzuhaltenden Bedingungen liegen hier aus. Buschlagsfrist 2 Wochen.

Garnisonverwaltung Tep. Pl. Zeithain.

Die angenommenen, ebenso der Belieft des Schulauftaktes, betr. die Regelung der Lehrstunden der Lehrer.

2. Nachverteilung von Grund- und Gemeinde-Einkommensteuer. (Berichterstatter Herr Stadtr. Bölkow, Romberg.) Diese Vorlage sei eine Folge der eben bewilligten Tenervungsbelagten. Der Finanzausschuss folge vor, bei der

Stadtkafe die Grundsteuer um 47 Pf. pro Tausend und die Gemeindeeinkommensteuer um 20 Prozent, bei der Schulkafe die Grundsteuer um 13 Pf. pro Tausend zu erhöhen.

Die Haushaltspolitik für die Stadtkafe aufzubringende Summe habe sich auf 503 050 M. belaufen. Bisher seien Überschreitungen in Höhe von 125 400 Mark festgestellt, die sich auf 13 Konten des Haushaltplanes verteilen. Zu diesen 125 400 Mark kommen noch hinzug die unter Punkt 1 bewilligten Tenervungsbelagten a) für die städtischen Beamten in Höhe von 64 400 Mark und b) für die Lehrer an der Oberrealsschule in Höhe von 20 840 Mark, jedoch sich die Überschreitungen gegenüber dem Haushaltplan 1919 auf 210 140 Mark beenden. Einfachlich der ursprünglichen 503 050 Mark sind also im laufenden Jahre insgesamt 713 190 Mark durch Steuern aufzubringen. Von diesem Bedarf sind 10 Prozent durch die Grundsteuer zu decken, das sind 71 310 Mark. Bisher sind hieron 50 305 Mark ausgeschrieben, sodass noch 21 014 Mark aufzubringen sind. Es macht sich deshalb eine Erhöhung der Grundsteuer um 47 Pf. pro Tausend und zwar von 114 auf 161 Pf. pro Tausend notwendig. Durch andere Steuern bleiben sodann noch 64 187 Mark zu decken. Hieron dürfen durch Eink

Umsonst der Sozialrat 1/68 zu Ristow erörtert
wurde, (Vorlesungsschreiber Herr Sieben, Günther) 116
Familien benötigen (es ausgenommen) in Mainz verständlich nur
Wohnungen. Eine ganze Dutzend von Familien ist nun be-
reits nicht auf die Straße gekommen, weil das Überlebensgeld
dort es verbündert habe. Andere seien in Wohnungsmarkt
untergebracht, die nicht den Anforderungen entsprechen.
Die brennende Wohnungsfrage müsse also gelöst werden.
Daher habe sie nur langsam gefördert werden können,
weil sie in enger Verbindung mit der Sozialen Frage ge-
standen habe, die außer habe gefügt werden müssen. Die
Sozialen 1/68 merkte am ehesten zur Wohnungssuche. Nach

Weserne 1/68 werde am ehesten gut auszuführen haben. Viele befürchtet mehrere Hälfte für zu Wohnungsbedürfnisse die Bionierkasernen eignen, aber diese gehören beim Staate. Bauausführung, Stat und Bauaufsichtsrat hätten sich in zahlreichen Sitzungen mit der Wohnungsaufgabe beschäftigt. Nebenbei erörtert die Kommission die Ausbildung der Medizinen an den Ausbildungsbüros und die Verhältnisse in der Architektenfrage. Vom Bauaufsichtsrat war beschlossen worden, die Architekten von Wakenburg und Dörfel in Dresden qualifiziert vorüber zu setzen, ob die Kaserne 1/68 sich zum Ausbau für Kleinwohnungen eigne, ob der Umbau in sanitärer Hinsicht einschätzbar sei und auch in städtebaulicher Hinsicht Geboten nicht bestünden. Ferner sollten sich die Gutachten zur Kostenfrage äußern. Durch die städtischen Ressorten hatte eine Beleidigung der Kaserne 1/68 stattgefunden, wobei die Möglichkeit zum Ausbruch kam, daß der Waldbrand nicht zu entfehlten sei. Von den eingegangenen Gutachten der Architekten brach sich das bei Herrn von Wakenburg dahin und, daß in sanitärer Hinsicht der Ausbau unbedenklich sei, auch in städtebaulicher Hinsicht könne er empfohlen werden. Wenn auf große Bauten verzichtet werde, könne auch ein Ausbau zu wirtschaftlichen Zwecken in Frage kommen. Angaben über die Kosten seien zurzeit nicht möglich. Lieber den Umbau der Stallgebäude sprach sich das Gutachten dahin aus, daß die bestehenden Gewölbe und Stäulen befestigt werden müßten. Ob könnten Einzelhäuser geschaffen werden. Insgesamt glaubt Herr von Wakenburg durch den Ausbau der Kaserne 1/68 Wohnungen erheben zu können, und zwar 66 Mietwohnungen und 123 Eingangswohnungen. Bis zum Herbst würden 44 Wohnungen bereitgestellt werden können. Diese Architekt Dörfel hat sich im seinem Gutachten dahin ausge-

prochen, daß, so sehr die Kaserne für Kleinwohnungen geeignet sei, man doch für den größten Teil der Anlage zu einem vernünftigen Beschlusß kommen müsse. Er glaubt 31 Wohnungen erstellen zu können für eine Kostensumme von 81 000 Mark. Den Ausbau der Ställe und Schuppen kann er nicht empfehlen. Es sprächen starke hygienische und noch stärkere technisch-wirtschaftliche Gründe dagegen. Der Ausbau werde 60 Prozent einer Neuanlage in Anspruch nehmen. Es haben darauf weitere Verhandlungen im Bauausschuss, Garnisonausschuss und mit von Mayenburg stattgefunden, die zu dem Beschlusse führten, daß vorzusehen ist, daß die beständig der Ställe noch bestehenden hygienischen Bedenken beseitigt werden, die Kaserne 1/68 zu einer Siedlung umzubauen sei. Es seien die Vorschläge von Mayenburg zu rüüßen und über die einzelnen Wohnhaus-Typen Vorauschläge aufzustellen. Mayenburg sei schon fest mit der Weiterbearbeitung des Projektes zu beauftragten. In den Sitzungen des Ausschusses sei auch die Frage der Benutzung der 32 et Kaserne behandelt worden. Mit einem Ausbau dieser Kaserne aber werde die Wohnungsfrage nicht gelöst, sondern nur verschoben. Um hinsichtlich der hygienischen Bedenken bei Kaserne 1/68 klar zu sehen, wurde ein Gutachten des Herrn Bautech Hager vom Bundeswohnungsdienst in Dresden eingeholt. Dieses Gutachten spricht sich dahin aus, daß die ganze Anlage die beste Voraussetzung für die Anlage einer Wohnungskolonie bilde. Der Umbau der Stallgebäude werde größere Auswendungen erfordern, aber trotzdem um 40 Prozent hinter einer Neuanlage zurückbleiben. Der Ausbau der Wirtschaftsgebäude werde verhältnismäßig geringe Kosten verursachen. Alle Bedenken hinsichtlich des Umbaus der Ställe könnten fallen gelassen werden. Der Gedanke der Vermehrung der Kaserne 1/68 zu Wohnungszwecken sei in technischer und hygienischer Hinsicht unabdinglich und auch in wirtschaftlicher Hinsicht der Förderung wert. Den vorgenannten Weisheiten des Bau- und Garnisonausschusses ist der Rat beigetreten. Herr Bauratmeister Dr. Schneider führt aus, daß in Niesa zurzeit 185 Wohnungen gewünscht würden, und zwar 88 zum Preise von 200 Mark, 68 zu 300 Mark, 38 zu 400 Mark, 17 zu 500 Mark, 12 zu 600 Mark, 7 zu 800 Mark und 7 zu über

300 Wart. 26 der Wohnungssuchenden seien bei den Eltern wohnhaft, 24 suchten Wohnung, weil ihre jetzige zu klein, 15 müssen ihre Wohnung aufgeben, 40 wollten einen Gießhand gründen, 38 wohnten noch auswärts, der Haushaltungsstand ist aber schon hier bestätigt, 13 stehen in Unterhandlungen, 3 wollen ziehen, 1 ist ein Flüchtlings aus Eishof-Bringen, 3 suchen Wohnung, weil ihre jetzige zu groß, 32 haben verschiedene Gründe angegeben. Angefachtes dieser Sache müsse jeder, der die Verantwortung mit zu tragen hat, sagen, daß etwas geschehen müsse, und zwar etwas dauerndes. Nachdem wir wußten, daß die Haßlach bestrebe, daß viel Räsernenraum frei werde, ist es unklare Weise, zu prüfen, ob die Möglichkeit bestehe, Räsernen zu Wohnungsmedien umzubauen. Man sollte nicht sagen, die Industrie werde kommen und die Räsernen faulen. Die Industrie werde nicht kommen, vor allem nicht, weil wir dort keine Gleisanlagen schaffen könnten. Die 80er Räserne sei ganz ungeeignet. Der Einbau von Zappenhäusern werde teuer kommen und es werde keine dauernde Lösung sein. Außer Pionieren würden wir jedenfalls noch eine Abteilung Artillerie bekommen, die die Räserne 80 teilweise oder ganz in Anspruch nehmen werde. Die Räserne 1/88 sei durch ihre ganze Anlage für den Wohnungsbau geeigneter. Werde von dieser Räserne abgesehen, dann tolle es nicht, wie die Wohnungfrage gelöst werden sollte. Wenn wir die erheblichen Mittel für den Umbau von 1/88, vielleicht 1 Million, bewilligen, so müßten wir Wert darauf legen, einen möglichst hohen Nutzen an der Baukostenüberteuerung zu bekommen. Bauten, die einen Umbau vorstellten, würden bevorzugt. Also auch die finanzielle Seite spreche für die Verwendung von 1/88. Die hygienischen Bedenken hinsichtlich der Ställe seien durch die Belebung und das Gutachten beigelegt. Da in den Häusern 80 Centimeter tief eingegraben werde und die oberste Schotterlage genommen würden, blieben nur die Wände freien. Lieber den Ställen hätten jetzt ja auch unsere Kolonie ohne Gefährdung ihrer Gesundheit geholfen. Der Umbau der Ställe werde vielleicht die besten Wohnungen ergeben. Was die ganze Anlage anbelange, so werde, wenn sie wie geplant ausgeführt werde, niemand sagen können, daß es eine Räserne sei. Die Wohnungfrage müßten uns lösen, auch wenn wir wesentliche Zusatzaufgabe nicht bekommen würden. Wohnung sei ebenso notwendig wie Brot. Eine Lösung würden wir keine Verbindung schaffen. Die großen Fabriken. Reyer, Louis & Cie neidet und Mende äußert sich zu den Bemerkungen des Herrn Stadtverordneten über den Besuch der Bauausstellung und

dem Untergang. Wünschenswert ist der Bereich zwischen Kreis- und Landkreisgrenze, der von einer Reihe von Städten und Gemeinden umgeben ist. Diese sind: Bielefeld und Osnabrück im Norden, Münster im Süden, Hamm im Westen und Herford im Osten. In diesem Raum liegen die Kreise Gütersloh, Paderborn, Minden-Lübbecke, Herford und Bielefeld. Von diesen Kreisen aus kann man leicht zu den verschiedenen Städten und Gemeinden gelangen. Die Kreise sind in ihrer Größe unterschiedlich, aber alle haben eine Fläche von mehr als 1000 km². Die Kreise sind in ihrer Größe unterschiedlich, aber alle haben eine Fläche von mehr als 1000 km².

mais dem Kollegium unterzogen werden soll.
4. Weiltes an den Säf. Rundschuhbund, dem Spitzbericht, dem Säf. Rundschuhbund für seine künstlerische Schaubühne eine Beihilfe von 150 Mark für jede Vorstellung in Stile zu gewähren, wurde zugestimmt.

~~COMING UPON THE STREETS AGAIN.~~

— » **Gewünschtes.** Am Montag nachmittag nach
4 Uhr wurde der Bäckermutter K. Marie, hier, telefonisch gebeten, eine Muttertags-, eine Diensttagsausgabe und ein Melle-Racessaisse auszuhändigen. Die Bestellung wurde auch ausgetragen und die Sachen beim Dienstmädchen des betreffenden Hauses, das zweigeteilt war, abgeholt. Muriel Dietrichson leidet meistens sich bei dem Bildhauen eine Brust und gab an, die Sachen seien irrtümlich abgegeben worden und für einen anderen Person bestimmt; die Frau nannte auch einen gleichlautenden Namen. Das Dienstmädchen hat hierauf die Sachen der Frau ausgetauscht. Es handelt sich um eine braun-rosaumrandete Maulbügelausgabe im Werte von 98 Pfennig. Die Tasche war innen mit braunem Hinter verfeben und hatte gelben Verzierung. Die Damenbesuchstasche war von kompaktem Bauch mit weitem mit grünen Punkten verzierten Hinter und weitem Verlängerungsrück. In dem Melle-Racessaisse befand sich eine Haardöschen und ein Seifennapf, sowie eine Bahnspulverdose von Glas. Die Frau war etwa 30 Jahre alt, 1,60—1,65 Meter groß, untersetzt, hatte dunkles Haar und war bekleidet mit dunkelblau gedünnter Wolle- oder Woll-Schokobluse. Sie war ohne Hut und hatte eine schwere Glinaufstastche bei sich. Sollte jemand die Frau gegen 7 Uhr abends am Georgplatz gesehen haben, so wiede um Mitteilung an die Polizei gebeten, ebenso wenn jemand Kenntnis davon hat, von welcher Bebenstelle die Frau das Telephongespräch geführt hat. Herr Marie hat für die Ermittlung der Betrügerin eine gute Belohnung ausgesetzt.

— 88. Verbandstag des Sächsischen Gastwirtsvorverbands. Die Einleitung des Verbandstages bildete am Sonntag vormittag die Eröffnung der mit der Tagung verbundenen Ausstellung für das Gastwirtschaftsgewerbe, die eine Fülle von Gegenständen aufweist. Montag nachmittags 2 Uhr begann die zahlreich besuchte Jahreshauptversammlung. Der Vorsitzende, Verbandsvorstand Treutler, teilte mit, daß sich dem Verband im abgelaufenen Geschäftsjahr die Gastwirtschaftvereine Chemnitz, Mügeln, Oelsnitz und Brandis korporativ angegeschlossen haben. Im Geschäftsbericht wird darauf hingewiesen, daß das Gastwirtschaftsgewerbe mit zu denen gehört, die im Kriege am schwersten gelitten haben. Es bleibt nur zu hoffen, daß sobald als möglich die freie Lebensmittelwirtschaft zurückkehre. Zurzeit müsse aber mit allen Mitteln für eine bessere Lebensmittelbelieferung gearbeitet werden. Aus dem Kassenbericht war zu ersehen, daß der Stand der Kasse sich verschlechtert hat. Ein Antrag des Gastwirtschaftvereins Annaberg verlangt, daß der Verband bei der Meißner- und Dresdnerkohlenstelle dahin wirken soll, daß das Gastwirtschaftsgewerbe bei der Kohlenzuteilung genau so behandelt werde wie andere Berufe und die Industrie. Der Vorstand, der sich der großen Wichtigkeit dieses Antrages bewußt war, hat folgende Entschließung dazu gefaßt: „Die 88. Jahreshauptversammlung des Verbandes Sächsischer Gastwirte nimmt mit Bedauern Kenntnis, daß der Gastwirt bisher in der Kohlenzuweisung von den Kommunalverbänden sehr schlecht behandelt worden ist. Da das Gastwirtschaftsgewerbe genau wie andere gewerbliche und industrielle Betriebe in der Volkswirtschaft eine wichtige Rolle spielt und in der Volksernährung den ersten Platz einnimmt, wird gefordert, daß der Stand der Gastwirte bei der Kohlenverteilung genau dieselbe Berücksichtigung findet. Würde die Kohlenzuteilung in dem beschränkten Maße wie bisher erfolgen, so kann der Gastwirt keine Garantie übernehmen, seine Speiseküche mit der nötigen Nahrung zu versorgen. Der Verbandsbeitrag wird einschließlich von 2,50 Mr. jährlich auf 7,20 Mr. erhöht. Die erhöhten Höhe werden vom 1. Oktober an erhoben. Die Versammlung beschließt, daß mit dem nächsten Verbandstag wieder eine Ausstellung verbunden sein soll.“

—[—] Abnahme der Fahrpreisermäßigung auf Herbst-Mustermesse 1919. Wie wir vor einiger Zeit berichteten, batte das Wehamt beantragt, für die direkte Fahrt nach Leipzig und zurück zum Besuch der Leipziger Herbst-Mustermesse wiederum den Fahrpreis auf die Hälfte zu ermäßigen, soweit Entfernungen von mehr als 100 Kilometer in Frage kommen. Dafür hat das preuß. Ministerium der öffentlichen Arbeiten die Vergünstigung diesmal abgelehnt. Daraufhin wird die Ermäßigung auch von den übrigen Eisenbahnverwaltungen nicht gewährt. Die Fahrpreisermäßigung auf den deutlichen Eisenbahnen für den Besuch der Leipziger Herbst-Mustermesse fällt also weg. Die Abteilung erkeckt sich auch auf die frachtfreie Rückbeförderung der Musterstücke. Auch diese wird von jetzt ab nicht mehr gewährt werden. — In den Kreisen der Messebesucher scheint man mit einer Verlegung der Herbstmesse in ähnlicher Weise wie bei der Frühjahrsmesse d. J. zu rechnen. Wie und was Wehamt mitteilt, ist vom Arbeitsausschuss des Wehamts die Frage einer etwaigen Verschiebung wiederholt eingehend erörtert und dahin entschieden worden, daß an dem üblichen Termine der Herbst-Mustermesse, leichter Sonntag im August, festgehalten werden soll. Demnach wird diese am Sonntag, den 21. August, morgens 8 Uhr eröffnet und dauert bis Sonnabend, den 6. September mittags. Die Geschäftigkeit ist von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends festgesetzt; nach 7 Uhr werden keine Besucher mehr in die Messehäuser eingelassen.

neuerdings wiederum in oberösterreichischen Eisenbahnbezirken Ausstände der Arbeiter eingetreten sind, wird die ohnehin außerordentlich ungünstige Versorgung der ländlichen Staatsbahnlinien mit Rohren so verschlechtert, daß bereits für die nächsten Tage mit einer weitgehenden Einschränkung des Zugverkehrs, insbesondere der Personenzüge, gerechnet werden muß. — Die ländliche Staatsbahnverwaltung hat in den ersten sieben Monaten des Jahres bereits einen Vorschuß von 105 Millionen Mark aufnehmen müssen. Da leider keine Ausicht besteht, daß die finanziellen Verhältnisse bei der Staatsbahn in nächster Zeit besser werden, so muß damit gerechnet werden, daß der Gehaltbetrag dieses Jahres rund 200 Millionen Mark belaufen wird, gegenüber 70 Millionen Mark im Vorjahr, während in früheren Jahren die Eisenbahnneinnahmen noch ständig überstießen, die sich jährlich von 20 bis 40 Millionen Mark bewegten, für den Staatshausbaubeitrag ergeben.

— „Nu dem Wertjachen-Schmuggel. Aus Stockholm wird gemeldet: Das Polizeiamt habe aus Anlaß der Überführung deutscher Wertjachten nach Schweden durch ein Flugzeug dem Svenska Telegramm Büro mitgeteilt, daß die Wertjachten, wenn es sich bestätigen sollte, auf Steuernquittung vorliegt, befreigabehoben und die betreffenden Verlöser zu Geldstrafen verurteilt werden wür-

... Wie die Angelegenheit steht steht, habe man keinen Grund, die Gründung der Deutschen zu bestreiten, sie hätten nicht gewußt, daß für Wertpächen in Schweden ein Girozoll bezahlt werden müsse. Die Wölfe der beiden Deutschen waren vollkommen in Ordnung. Der eine auf den Namen Gräfin Anna Solms Wildenich in Sachsen und der zweite auf den Namen Ingenuit Dr. Carl von Stodthausen aus Waldburg in Toden. Zu den sogenannten Weltkunsten schwedischer Blätter über einen Verlust Millionswerte aus dem Bettiner Privatvermögen außer Lande zu bringen, läßt der ehemalige König von Sachsen durch seinen Tessdner Notarbeiter erschrecken, diese Nachricht habe ihn über alle Rahmen überrascht. Eine verartige Handlungswise widerbrächte völlig seinein Besitz. Es seien von ihm oder seinem Vertreter keinerlei Beziehungen zum Prinzen Wied aufgenommen worden. Es kann sich lediglich um eine Verleumdung handeln.

— Verteilung von ausländischem Ein-
nachgänger. Dem sächs. Landeslebensmittelamt ist es
gelungen, fertigen Verbrauchszucker aus Böhmen für die
dörfliche Bevölkerung anzufallen. Es werden ungefähr 1½
Kilogramm Einmachzucker auf den Kopf der Bevölkerung aus-
gegeben werden können. Die Zuweisungen an die Kom-
munalverbände werden sofort nach Eingang des Zuckers
mit größter Geschwindigkeit erfolgen.

— Kein Ankauf von Buder in Schweden.
In einem Zell der Presse wird von einer Mitteilung des ländlichen Wirtschaftsministeriums berichtet, wonach lediglich der Reichsbüroderstellere Verhandlungen über den Ankauf von Buder in Schweden schwelen sollen. Das Wirtschaftsministerium hat eine dahingehende Mitteilung nicht verlassen; von einem Einstauf von Buder in Schweden ist jetzt nichts bekannt.

— Reine erneute Verbilligung der Aus-
landslebensmittel. Die in den letzten Tagen durch
die Presse gegangene Meldung, daß die Reichsregierung
wiederum größere Mittel zum Zwecke weiterer Verbillig-
ung der Lebensmittel bereitstellen soll, dürfte nach den
von uns auf zuständiger Stelle erzeugten Erfundgutachten
nicht aufrüttend sein. Beim Sachsischen Wirtschaftsmini-
sterium ist von einem solchen Plane des Reichs nichts be-
kannt. Auch dürfte es bei unserer gegenwärtigen Finanz-
lage nicht ganz klar sein, woher die dazu erforderlichen
Mittel genommen werden sollen.

Der Sächsische Schuhmacher-Verband hat folgende Petition, und wie es scheint mit Erfolg, an die Nationalversammlung gesandt: Der ehrenbietige unterzeichnete Verband mit seinen 8000 Mitgliedern ruft in der höchsten Not den hohen Wirtschaftsausschuss um schleunigste Hilfe an. Seit Monaten ist in den meisten Bezirken kein Schuhleder mehr verteilt worden, obwohl die Vorratsräder der Lederverfertigungen in Dresden, Röthen, Meerane, Blauen usw. voll fertigen waren. Auch ist seit Mo-

plaudern will, dass seitigen Zeiten drogen. Und die kleinen Meister an-
naten fein Schwanz Oberleider zu haben und laut beilegen.
Der Zeitschrift der Gewerbeakademie sollen die kleinen, bis zu
10 Gesellen beschäftigten Schuhmachermeister in Zukunft von
der Oberleiderbelieferung überhaupt ausgeschlossen werden,
wo doch gerade diese tausende kleinen Meister während des
Krieges die zurückgelassene Bewohnerchaft ausschließlich in
der Schuhbeschaffung durchgehalten haben. Sie wollen und
müssen nun zu Bettlern des Reiches werden. Unsang Amt
sind dagegen noch 100 000 Quadratfuß kleinere Sorten Ober-
leider von Deutschland nach Österreich geliefert worden.
Wir behaupten, daß die Hälfte alles Ober- und Unterlederguts
in Deutschland nur im Schleichhandel vertrieben wird. Es
müssen dafür die wohnsinnigsten Preise von 150 bis 200 M.
für ein Kalbsfell und 25 M. für das Pfund Schuhleder bezahlt
werden. Wir stehen am Fluß, wenn aus der hohen Wirt-
schaftskrat nicht noch rettet: Entweder durch sofortige Frei-
gabe des innegehabten Leders und Unterbindung des
Schleichhandels, oder mit dem Radikalmittel gänglicher Frei-
gabe des Leders, damit wir vor dem kommenden Winter die
notleidende Bevölkerung vor der Kälte retten können.

Dresden. Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz beantragt, das bekannte Wollsdenkmal am Auer Kreuzer (Staatsforstrevier) wiederherzustellen. Durch physikalische Einwirkung ist der steinerne Wolf arg entstellt worden. Man hatte lange Zeit vermutet, daß Bubenstreiche im Spiele gewesen seien, doch hat eine genaue Untersuchung ergeben, daß Witterungsseinflüsse neben mangelhafter Bearbeitung die Schuld an der Zerstörung tragen. Alle Freunde des Friedewaldes werden gebeten, dem Vereine ihre Unterstützung zukommen zu lassen. Selbst die kleinsten Gaben (Briefmarken) werden in der Geschäftsstelle des Vereins in Dresden, Schloßstraße 24, mit größtem Dank für die Wiederherstellung des Denkmals verbucht.

Bittau. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen veranstalteten gestern eine große Kundgebung gegen die ungünstige Lebensmittelversorgung von Bittau Stadt und Land. Tausende von Arbeitern aus Bittau und den benachbarten Ortschaften versammelten sich nach 11 Uhr mittags auf dem Rathausplatz und entbandten eine Abordnung in das Rathaus, die dem Oberbürgermeister Dr. Küls folgende Forderungen überreichte: 1. Sorge für genügend günstige Lebensmittel (kein Dörgemüse, kein Wolamehl, kein Suppenmehl), 2. Rationierung sämtlicher Nahrungsmitte, 3. gerechte Zuweisung der Fette, besonders der Butter, 4. Herabsetzung der hohen Gemüsepreise der Bittauer Gärtnerei, 5. gerechte Verteilung der so notwendigen Rohstoffe usw. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß sich heute eine Abordnung aus Demonstranten und Vertretern der Stadt Bittau zum Wirtschaftsminister Schwarz nach Dresden begibt, um die Forderungen der Demonstranten zu vertreten. Der Demonstrationszug führte Plakate mit der Aufschrift mit sich: Rieder mit dem Kommunalverband! Während der Kundgebung, die im übrigen ruhig verlief, hatten verschiedene Lebensmittelgeschäfte am Marktplatz geschlossen.

X Chemnitz. Abgesehen von Verhöhnungen und anderen Belästigungen, denen die hier befindlichen Truppen in einzelnen Fällen bedauerlicherweise noch ausgesetzt gewesen sind, ist auch der gestrige Tag ruhig verlaufen. Um benachbarten Niederslesa fühlten sich 15 Arbeiter veranlaßt, in den Streik zu treten, weil bei ihrem Fabrikdirektor ein Offizier eingekwartiert ist. — Zur Verbüßung mißbräuchlicher Benützung wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei den Veränderungen am Freitag auch Waffenwerke, andere militärische Ausweise und Grenzjägerabzeichen in die Hände unverantwortlicher Elemente gefallen sind. — Wie der Rat der Stadt mitteilt, wird Chemnitz eine Sonderzuweisung von 1 Wild. Ziegwaren pro Kopf erhalten. Auch soll der

Chemnitzer Auftrag auf Abgabe des amerikanischen Schweizerstücks nur an die Ministerbeamten mit Beschriftung sofort an das Reichsministerium weitergegeben werden. — Ministerpräsident Gräfinnauer hat an General Müller, Kommandeur der Grenzjäger-Brigade 1, folgendes Telegramm gerichtet: Teile des Reichswehr-Regiments Nr. 87 sind am 8. August am Bahnhof Chemnitz in schwerbedrängte Lage geraten. Infolge des massenhaften Andrangs einer Volksmenge, die durch Verbreitung unwahrer Behauptungen über die Ablöschen der Truppen irrgeweiht wurde, kam es zu erbitterten blutigen Kämpfen. In diesen Kämpfen hat eine größere Anzahl Offiziere und Mannschaften das Leben eingebüßt, noch mehr wurden, zum Teil schwer, verwundet. Die Regierung beklagt diese Verluste aufs schmerlichste und spricht sowohl dem Truppenteil, wie den Angehörigen der Getöteten und Verletzten, ihr tiefempfundenes Beileid aus. Sie dankt allen, die im Dienste des Freistaates tapfer und treu bis in den Tod ihre Pflicht erfüllt haben. Leider befinden sich manche Kreise der Bevölkerung in der falschen Hoffnung, als seien unsere Reichswehrkameraden Gegner des arbeitenden Volkes. Das Gegenteil hiervon ist wahr. Die Reichswehr ist ein Teil des arbeitenden Volkes und,

zur neuen Regierung, die öffentliche Stelle zu führen, die gewöhnlich ist, wenn unter der bestehenden Regierung Gewalt und Frieden wieder aufrecht zu erhalten sind. Das Unrecht der Belegschaftsvereinigung erfordert die Niedergabe der Gewalt in Übereinstimmung mit dem ganzen Stande, die Bekanntmachung zu wollen und durch Einsicht und Vernunft die Wiederkehr in französischer Ordnung, wie sie sich in Chemnitz untertragen haben, zu verhindern. Dr. Seidenauer, Ministerpräsident.

Gießen. Der Gütekreis in Oberhof ist in 100 M. Goldmark rechtzeitig verurteilt worden, weil er sich entschieden hat, die vorgeschriebenen Mindestarbeiten an den Betriebsräten einzurichten und den Mindestlohn zu beauftragt haben bei Einführung des Gütekreises zu gestatten. Beschieden ist ein Gütekreis im Dornberg mit 150 M. Goldmark belastet worden, weil er den Mindestlohnssatzemmen die Vernahme von Brodkreisen verweigert hat.

Hainsbach. Tödlich verunglückt ist auf der Eisenbahn bei Bodendorf die 27 Jahre alte Güterbeschafferefrau Altmann. Sie befand sich mit ihrem Kinder auf einem Abstellgleis, um nach Hainrich zu fahren. Unterwegs schwanden die Pferde und gingen durch. Beim Absteigen von dem in rascher Fahrt befindlichen Wagen erlitt die Frau einen doppelten Schädelbruch, der ihren sofortigen Tod verursachte.

Überbach. Unzählige Bombenversuche sind sämtliche bei der Firma Wünsche Gründen beschädigten Schlosser, Dreher und Desser in den Ausland getreten, da die Arbeitergruppe den Kollektivvertrag, nach dem in der Metallindustrie bezahlt wird, nicht anerkennt. Daraus mußte der gesamte Betrieb eingestellt werden. Es werden unendlich 2000 Arbeiter in Wittenbergen gesogen.

Braunschweig. Die bisherige Plazage, die bisher einen Nachfrage von 1000 Mark brachte, wurde für 3500 Mark an den Kraftwagenfabrikanten G. Riegert in Ronneburg neu verpachtet.

Wien. Vier Wiedereinsteine in Wittenbergen wurden hier festgenommen, die in Chemnitz beim Ausladen der Regierungstruppen zwei Werte mit Geschichten gehoben hatten und sie hier verschwinden wollten. Ein dritter am Ende betätigter Mann ist entkommen.

Dresden. Ein junger Barbiergeschäft in Dresden, bei einer Reihe nach Luxemburg vor hatte, versteckte alle seine erwarten Papierreste in einem Tausendmarkchein und zwar in einen solchen um, wie sie jetzt so gen. im Ausland genommen werden, und ging zu einem Schuhmacher, um sich diesen Schein mit noch anderen papiernen Wertstücken zwischen seine Stiefelohlen nagen zu lassen. Er wußte ihn sein scheinbar in Seidenpapier und setzte sich neben dem Schuhmacher auf einen Stuhl, mit Augen zu den Verhandlungen seines Vermögens verfolgend. Damit ja kein Fremder einen Verdächtigen vermuten könnte, holte er noch von der Straße Strom, bestrich die hellen Stellen der Scheide damit und mache sich dann auf nach Luxemburg. Dort angekommen, war sein erster Weg zu einem geeigneten Handwerker, der den Tausendmarkchein aus seiner Verborgenheit hervorholen sollte. Doch war bestrebt seinen Schreien? Obgleich der vorstellige Mann die Schilder Tag und Nacht keins an den Füßen gehabt hatte, war der Schein verschwunden, nur das Einschlagspapier fand sich vor! Bis jetzt ist es, wie die "Dresdner Rade", meldet, der Kriminalpolizei trotz aller Mühe nicht gelungen, den Vorfall aufzuklären.

Leipzig. Die Leipziger Straßenbahnen haben beschlossen, den am 30. September ablaufenden Lohnkrisen Ende des Monats zu kündigen, und neue Lohnforderungen zu stellen. Sie verlangen eine einmalige Teuerungszulage von 500 Mark.

Die Ziele des Spartakusbundes.

Das Generalsekretariat zum Studium des Bolschewismus ist in den Reihen eines geheimen Kulturbüros der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) an seine Agenten und Beauftragte übertragen. Das Fundeschriften wird von der "Deutschen Tageszeitung" wiedergegeben. Folgende Ziele sind ihm entnommen:

Ganz allgemein betrachtet ist von den verschiedenen in unseren letzten Kündebüchern erwähnten Möglichkeiten die eingetreten, daß der Friede untergeht und damit die der deutschen Bourgeoisie aus der Nichtunterzeichnung unmittelbar drohende Krise verschleppt ist. Diese Krise kann nunmehr beobachtet werden durch direkte konterrevolutionäre Aktionen von rechts, zumal aus Offizierskreisen. Ein solcher Anschlag wäre das dümmste, was die Gegenrevolution machen könnte. Das läuftet, was die Gegenrevolution machen kann, ist, sich mit der Klassediktatur unter dem Firmenschild "Gert-Rösle" zu bewegen.

Die Möglichkeit, daß die Krise durch Ereignisse der außerordentlichen Politik auftritt, ist noch nicht völlig ausgeschaltet. Auch hier empfiehlt es sich nicht, mit Möglichkeiten und Hoffnungen zu rechnen, sondern sie erst dann, wenn sie eintreten, mit in Betracht zu ziehen.

Als Gang der Entwicklung müssen wir vielmehr in Bedenken stellen, daß das deutsche Proletariat und eigenen Kräften und ohne Begünstigung durch Zufälle seinen Kampf zu Ende führen muss. Die Krise muß weiter zur Entwicklung kommen. Auf Seiten der Bourgeoisie ist noch immer der Kämpfer, wenn nicht einzige Kämpfer die Kette. Nach allen Berichten, die wir erhalten, ist aber die Stimmlung der Bourgeoisie nicht mehr die, die sie monatelang war. Was in den Proletariaten proletarisch ist, ist schwach geworden und neigt sich wieder zum Proletariat. Die Vorgänge in Hamburg sind symptomatisch.

Wir bitten die Organisationen, der Agitation unter den Soldaten die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Bevölkerung des Berliner Arbeiterviertels mit der Befreiung einer ungünstiger. Dieser Kontakt besteht nur darin, daß die Freiwilligen sich um so enger an die Regierung anschließen.

Die Aufrüstung und das Erwachen der proletarischen

Arbeiter sind zweifellos weitere Fortschritte. Das Eisenbahnwesen kann erst für die Revolution genommen werden, wenn es auch politischen Verlust, zumal eines politischen Partei, und der unteren, noch nicht zugänglich sind. Eine besondere Sorge bilden die Handarbeiter. Eine Guerillatruppe der Revolution werden die Handarbeiter u. Kleinbauern nicht werden, aber ohne ihre Sympathie oder mit ihrer Feindseligkeit ist das Werk der Revolution ungeheuer erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Wenn wir aus den eigentlichen Zeichen der Revolution noch ergebende Krise auftritt wird und dennoch der Zeitpunkt für eine Aktion gekommen sein wird, lohnt sich natürlich nicht lügen. Wie müssen leben Augenblick, eine Situation daraufhin prüfen, ob die Gesamtlage eine Aktion erfordert oder nicht. Die Bewegung der Eisenbahner gibt uns Anhalt in solcher Beziehung. Die Eisenbahnerbewegung ist die Bewegung, die keine weiteste der Bourgeoisie an Markt geht. Ein Eisenbahnerstreik legt auf die Dauer eine starke Regierung matt (siehe Frankreich 1908), geschweige denn einen soliden halbwüchsigen Körper wie die Regierung Gert-Rösle.

Ob aber der Eisenbahnerbewegung aus diesem Grunde gleich das Ziel einer Befreiung der bestehenden und der Errichtung einer neuen Staatsgewalt gegeben werden darf, ist eine andere Frage, und wie haben diese Frage verneint und folgenden Gründen: Die Eisenbahner treten neu und zum ersten Male in eine große revolutionäre Aktion ein. Ihnen liegen nur die politischen Ziele vor Augen, die freilich in weitestem Umfang, das Kästchen eingeklossen. Politische Ziele verfolgen sie bestimmt nicht.

Ziel der Agitation muß sein, Perspektiven den Eisenbahner vor Augen zu stellen, um ihnen zu zeigen, daß die Jugendkämpfer wie Lebensmittelversicherung u. a. Schwindel sind, und daß es für sie kein anderes Ziel gibt als für das gesamte Proletariat: Räterepublik.

In der Agitation glauben wir, daß mit dem zunehmenden Verfall der Sozialdemokratie sich die Gegenseite in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ganz von selbst in den Vordergrund rückt. Bei allem ist es besonders bemerkenswert, daß gerade der jungenen Linke Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sich vollkommen in das Schleppen des rechten hat nehmen lassen. Willenlos macht er alles mit, was die Parteibürokratie unter der Führung der Haase und Konstantin distanziert.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 13. August 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin. Ein Mitglied des Reichsarbeitsministeriums wird sich als Regierungskommissar nach Hamburg begeben, um in der Bankbeamtenbewegung neue Verhandlungen einzuleiten. Wie verschiedene Blätter berichten, hofft man in Bankbeamtenkreis, daß sich die Handlungen an weiteren Jugendkämpfern bereit erklären, damit ein Nebengericht der Bewegung aus Berlin und das Reich vermieden werde.

In den gefragten Verhandlungen über die Abtretung der östlichen Grenzgebiete beschäftigen sich die Vertreter der verschiedenen Mächte mit der Gestaltung des Arbeitsprogramms. Es wurden laut "Deutscher Allgemeiner Zeitung" vier Hauptausschüsse gebildet und zwar 1. eine staatsrechtliche Kommission, die alle mit der Übergabe der verbindlichen politischen und rechtshistorischen Fragen bearbeiten wird, 2. eine Hauptkommission für Kriegsgefangene, Kesseln usw., 3. eine Hauptkommission für wirtschaftliche Angelegenheiten, Ein- und Ausfuhr und Verkehr, 4. eine Hauptkommission für Finanzangelegenheiten. Diese vier Hauptausschüsse haben sämtlich je einen deutschen und einen polnischen Vorsitzenden.

Die erste Sitzung des Deutschen Wirtschaftslebens.

Berlin. Im Eisenbahndirektorium stand abends eine Sitzung der Vertreter sämtlicher Beamtenverbände statt, die der Minister ansäßlich der letzten Erfurter Versammlung zusammengerufen hatte. Minister Oster übte den Erklärenden den ungeheuren Ernst der Lage des deutschen Wirtschaftslebens und die sich daraus ergebenden schweren Aufgaben für die Eisenbahnverwaltung und die Beamtenchaft vor Augen. Unter volter Anerkennung der Tatsache, daß der meitaus größte Teil der Beamten bisher seine Pflichten erfüllt hat, wies er auf das Unverantwortliche der Machenschaften hin, die vor einer kleinen Zahl von Männer betrieben werden. Er betonte, daß er kein Vertrauen habe, daß die darin bestehende, daß den Männern, die durch Verlusten und Kämpfen ausgeschlagen seien, der Weg zu allen Stellen geöffnet werde. Durch Errichtung von Hochschulen wolle er jedem Beamten die Möglichkeit geben, sich die dazu erforderlichen Kenntnisse anzueignen. Zugleich aber wies er es unter lebhaftem Beifall der Versammlung weit von sich, die agitatorische Befähigung zu unterdrücken oder durch Verboteungen zu belohnen. Aus der Versammlung heraus wurden die Erfurter Vorgänge kurz verurteilt und einstimmig ausgesprochen, daß die Hochverdiente und ihre Mitglocken jede Gemeinschaft mit derartigen Bestrebungen ablehnen.

Der Bankbeamtenkreis.

Hamburg. Nach einer Sitzung der Streitleitung hat der Dienstag eine Aktion im Bankbeamtenkreis nicht gebracht. Nachmittags waren Vertreter der Streitleitung zum Demobilisierungskommissar geladen.

Auch in Chemnitz und Dresden spät sich die Lage zu. Die Berliner Bankangestellten werden am Mittwoch in zwei Versammlungen zum Domberger Rückstand und der Haltung der Berliner Bankangestellten Stellung nehmen.

Ultimatum an Rumänien.

Bugazoo. Aus Moldau wird gemeldet: Da auf die

an die rumänische Regierung ergangene Aufforderung, ihre

Haltung gegen den Verband zu präzisieren, immer noch

keine Antwort eingegangen ist, hat der Biererat ein kurz

befristetes Ultimatum in Bulgarisch übergeben.

Ein neues mit Ortsall angestelltes Verbot folgte

im Gerichtsgebäude. Es blieb anfangs wieder bei

seinem Urteil.

Als ihm aber auf den Kopf zugesagt wurde, er habe

den General Schröder, in dessen Nähe Rosset und Sach

gefunden wurden, erwischt, vermutlich, als dieser ihn

ergriffen wollte — da verlor der Verbrecher die bis dahin

von ihm zur Schau getragene Sicherheit und ließ sich be-

treffen, ein teilweise Geständnis abzulegen, welches

sich freilich nur von dem schweren Verdacht des Verbre-

entslasten sollte, den begangen zu haben er entschieden in

Abreise stellte.

"Sie geben also jetzt endlich zu, den Einbruch ver-

übt zu haben?" sagte Unterleutnant Braun.

"Ja, aber Leben darf niemand gestohlen."

"Wer waren Ihre Mithilfenden?"

"Ich habe keine gehabt."

"Das ist gelogen!"

"Nein. Das Ding in der Villa Heydt habe ich allein

gedreht. Dem Alten war schon längst mein Besuch zu-

gedacht. Ich habe ausgedankt, daß er verreist ist

und der Bediente im Krankenhaus liegt. Der Gärtner

aber hört schlecht, und sein Hörbüchlein steht ganz hinter an

der Gartenmauer. Einem Wachhund gibt es auch nicht.

Was hätte ich da also noch andere dazu gebraucht? Ich

habe nur, es wäre mehr zu holen gewesen. Aber mich

länger aufzuhalten ging nicht an; denn es war schon gegen

12 Uhr.

"Ganz recht. Wegen Morgen stand man den Wach-

hund Schröder ermordet."

Meldete von den Polizisten Börsig.

11 Minuten. Die belagten Truppen haben mittags Meldete bestätigt.

Der Kreis in Westphalia.

11 Minuten. "Telegraph" meldet aus Bonn: Der Kreis in Westphalia ist noch immer an, ohne daß Einheiten vorhanden sind, die auf eine baldige Belagerung hinweisen. Die Folgen des Kreises sind auf einer im Parlament gegebenen Mitteilung erschöpft, wonach die Gewerbe 2357 804 Tonnen betragen gegen 4800 803 in der gleichen Woche 1918.

Gewaltkampf.

Großer Einbruchsbieb stabl in einer Fakt. In der Filiale der Dresdner Bank, Borsigstraße 100 in Berlin, sind in der Zeit vom Sonnabend bis Montag aus einem eroberten Treter 20 000 Mark Gold und mehrere hunderttausend Mark Wertpapiere entwendet worden.

Bahn. Für 100 000 Mark Banknoten wurden auf der Bahnfahrt von Schmallenberg nach Hella-Nehls einem Einheitsstellen der Bankfiliale Wadernfeld u. Gunderfeld in Schmallenberg geraubt. Der Bote sollte, wie die "W. R." melden, das Geld für die Filiale nach Hella-Nehls bringen. Im County wurde ihm auf unerlaubte Weise ein Bogen mit den Banknoten verdeckt, als der Zug durch einen Tunnel fuhr. Bei seiner Ankunft fand er nicht die Banknoten 10 000 Mark mehr in seinem Koffer. Eine Untersuchung ist eingeleitet, die das mysteriöse Durcheinander klären soll. Die Firma hat eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt.

Achtung! Schlachthof!

Industriezeitung an kaufen. Bei Fleischkästen schnell, zur Stelle. Beau Transport.

Albert Mohrmann, Grüba.

Telephone Miesa Nr. 685.

300 Rentner bestes Biesenbeu

M. 17.— per 50 kg ab Waggon am Elbster-Hühnergleis
Hans Ludwig.

Fabrikanlage mit Gleisan schlaf

sucht Selbstmörder gegen Kasse. Elbdämme angenehm. Gott, auch Gutshof oder Saalhof usw. geeignet. Ausführ.

Die beiden jungen Damen, welche am Montag abend von 10—11 Uhr den 2 jungen Herren (in Uniform) begleiten, werden gehetzen, am Freitag abend 8 Uhr an der Ecke des Stadtcafés zu erscheinen.

Ehrenkündigung.

Die Bekleidung gegen

Herrn Arthur Bräsi aus Neu-Ostpreußen, welche ich beiden Personen gegenüber getan habe, nehm ich hiermit neu vollständig zurück, da ich dieselbe nicht verantworten kann.

Max Andrich.

Gardonologie

wird von anständigem Herrn

für Monat Sept. d. J. 3257

an das Tageblatt Miesa.

Wohnung

3—4 Zimmer, für sofort oder später gesucht. Rich. Grenz, Neuweida, Miesa Nr. 19, bei Frau Miesa.

Al. einf. Zimmer

per 1. 9. zu mieten gesucht.

Offerter unter M. J. 3257

an das Tageblatt Miesa.

Wir geben Geld als Dar-

beitungs kapital zu fulanten

Bedingungen. J. L. Pfaff,

Privatgeldgeschäft, Chemnitz,

Wiesnitz, 24. Fernruf 8429.

Geld

gegen monatliche

Rückzahlung verleiht

M. Caldevarois, Hamburg 5.

Unit. Wieden v. Land

Stiebank Riesa.

Mittwoch Freitag, 15. August.
Vorstellung mit Schauspiel- und
Musiktheater. Eintrittskarten
mit 1 Mark auf die Vor-
stellungskarte zum Preis von
2 Mk., jenseit der 10 Uhr Mitt-
woch nicht beliebt wurden:
Konserven:
vorm. 7-8 Mr. 501-Schub
Schwedenkäse:
vorm. 8-9 Nr. 1-100
9-10 101-200
10-11 201-300
11-12 301-Schub
Unterholz:
nachm. 2-3 Nr. 1-100
8-9 101-200
4-5 201-300
5-6 301-Schub

Großküche Riesa.

Verteilung

an die Fleischer des Bezirks
Riesa für diese Woche
Freitag, den 15. August,
mittwochs von 8 Uhr an
Nest. F. Kühne.

Van-Da-Schokolade

gibt billigst ab
Böhmestraße 27, D.

Reis, Verbohnen,
grüne Größen,
amerit, Edelweisschmalz,
Olivonöl,
Salat, Schokolade in Tafeln,
Gebr. Kaffee
empfiehlt

Mag Reimer,
Langenberg.
Telefon 416.

Weißkraut, Bohnen,
Schälgerken,
Weißbrot, Tomaten,
Sauerkraut, Pfirsiche,
Stachelbeeren,
Johanniskräuter, Birnen,
fr. Münchnerberinge,
Zellardinen,
verschiedene Sorten Käse,
Fondueküche Milch
in Dosen und ausgewogen,
Tafel-Schokolade
empfiehlt

Max Hafmann,
Große, Alte Straße 8c.

Frisch geräuch. Heringe,
Salzheringe
marktfrei, empfiehlt
R. Schnelle, Schützenstr. 14.

Speiseöl,
neue saure Gurken
empfiehlt Th. Doerfer.
ff. Apfel,
versch. Sorten Birnen
empfiehlt Th. Striegler, Neuwied.

Birnen,
sowie Mandarinen sind zu
verkaufen. Unternehm.
Janke, Poppels.

Rohrabblätter
(blauer Salat)
Krautblätter
Salatblätter
empfiehlt

Boul Götter, Boufis.

400 Baggons
rote Möhren,
Weisskohl
und
Karotten
offeriert, weit unter
Großhandelspreisen
Oscar Winkler,
Leipzig, Marktstraße.
Telefon 19 020.

Zigarren
verkauft Schloßstr. 21, 2.
Zigarren
preiswert von 620 bis 750
pro Stück abzugeben. Probe-
sendung nicht unter 500 Stück
Wert und Nachnahme.
Heinz Henzel,
Zigarrenfabrik, Dresden.

Vereinsnachrichten

15. 8. Dienstag. Freitag abendpunkt 1/8 Uhr Gelände-
probe. Alle möglichen Unterhaltungen nach.
Weinlese- und Geier-Servis Riesa. Sonntag, den
17. August, nachmittags 6 Uhr außerordentliche General-
versammlung. Nichtiges Regressordnung. Alle kommen.
Nachmittags 8 Uhr Ausstellung in der Wohnung
des Vorstandes Paloma 12.

A. Rona Winkler - Girardi

auf dem Schlossplatz.

Gute Mittwoch abends 8 Uhr
Vorstellung mit abwechselndem Programm.
Gute Produktion am 18. Meter hohen Wahl,
sowie eine urtümliche Burleske Marion als Modell.
alles leicht Zuhören. Von 1/8 Uhr an Konzert.
Um zahlreichen Besuch bittet die
die Direktion Winkler-Girardi.

Bersteigerung.

Freitag, den 15. August er. nachm. 4 Uhr gelangen
im Saal zu Riesa, Bahnsteigen B, durch den Unter-
zeichneten, für Bedienung wen es angeht
ca. 16 544 Kg. gesuchte F. C. Jonahsfeld
öffentlicht meistert gegen Verzähnung zur Bersteigerung.
Besichtigung täglich während der öfflichen Geschäftigkeit.
Riesa, den 9. August 1919. Hermann Seidler,
bereit, Auktionsator.

Kleiderbügel
Pantoffelbänder
Schnallebretter
Kuchenbretter
Rühröffel
Quirle
Quiriganituren.

Seifen-Marken-Abgabe.

Swedes Erlangung von guter und billiger deutscher
Seife, Seife und Seife-Seife ist es nötig die österreich-
Seifenmarken schon jetzt abzugeben. Wir nehmen diese
von Stadt- und Landwirtschaft nach wie vor an und werden
die beste Belieferung bestrebt sein. Die Abgabe erfolgt Ende
September - Anfang Oktober und zwar auf den Kopf
50 Gramm reine Seife. Die bisherige A. A. Seife wird
jetzt ohne Marken in beliebiger Menge zum alten Preise in
verbesserter Ware abgegeben.

F. W. Thomas & Sohn, Hauptstr. 69
neden Riesaer Bank.



Alle nervösen und schwachen Frauen und Männer
erlangen wieder ihre Kräfte durch Blutwach und erholt
sich rasch! Blutarme, geschwächte Personen, deren Nervensystem
gestört ist und besonders diejenigen, die durch die
Unterernährung zu leiden haben, können ihre Gesundheit
wieder herstellen und bewahren, wenn sie ihr Blut durch
Blutwach reinigen und erneuern. Ohne gefundenes Blut
finden Organe, Gelenke, Herz und Lungen, Nerven, Gehirn, Rückenmark usw. unmöglich, denn wir
leben von unserem Blut und durch unser Blut. Blutwach
ist ein Hochbolderegrat in fester Form und hat sich
bei folgenden Krankheiten besonders bewährt: Nervosität,
Magenleiden, Appetitlosigkeit, schlechte Verdauung, Sodbrennen,
Zucker- und Nierenleiden, Lungenerkrankungen, Bleischwefel, Blutarmut, gewissen Frauenkrankheiten (Menstruationsbeschwerden), Neuralgie, Sicht, Rheumatismus, Blasenleiden, Personen, die durch Krankheit, Überarbeitung und Anschwitzung erschöpft und abgemagert
sind, Kinder, die im Wachstum zurückgeblieben sind, junge Mädchen, die in der Entwicklung stehen, Frauen
nach dem Wochenbett, Kreise, die an den Beschwerden
des Alters leiden, ist besonders Blutwach anzuraten.
Nach einer Blutwach nur heißt sich das Wohlbefinden
und das Aussehen wird gut! Unreinheiten des Teints
und Haars verschwinden!

Blutwach ist wohltreffend und lädt sich besonders
gut einnehmen (4 mal täglich ein Stich) und ist in den
Apotheken und Drogerien erhältlich in Schachteln
z. M. 4.50. Sonst direkt (4 Schachteln M. 18.- franz
dort zur Kur ausreichend) durch den
Blutwach-Vertrieb, Dresden-N. 1, M. 31.

Radfahrer — Achtung!

Neue Fahrradmäntel u. -Schläuche
Mäntel 70.- M. Schläuche 42.- M.
vorwärt bei

Fritz Aufs Nachf. A. Schmidt & Co.
Röderau, Albertstr. 2.

Vorzeiger dieses Unternehmens erhält 10% Rabatt.

Für unsere Zweigläden Weißig d. Großenhain suchen
wir zum baldigsten Antritt
2 tüchtige zuverlässige

Oberheizer.

Nur gelernte Schlosser finden Verständigung.
Chemische Fabrik von Hennig J. & Sohn Dresden.

Montag abend 1/8 Uhr verschied plötzlich
und unerwartet an Oberheizer meine liebe treu-
sorgende Frau, unsere gute Mutter, Schwieger-
mutter und Großmutter, Frau
Schieleride Christiane Debler geb. Sann
im Alter von 67 Jahren.
Dies zeigte tiefe Traurigkeit an
der trauernde Sann nebst Hinterbliebenen.
Dresden 1919.
Beerdigung findet Donnerstag mittag 1 Uhr statt.

Metropol-Lichtspiele

Donnerstag 8. 8. - 17. 8.:

Das spannende Drama aus der ungarischen Buchst.

„Der Dorflump“

4 Aktie 1800 Meter.

Gin berühmter Kritiker sagt davon: Herrliche
Bilder aus dem Leben der ungarnischen Buchst.
Bewohner umrahmen eine Handlung voller
Spannung und Gemüt.

„Der neugeborene Vater“

8 Aktie 1000 Meter. Heiteres Lustspiel.
um gütig. Zuspruch bittet die Direktion.

Stadtpark Riesa.

Donnerstag, den 14. August, 8 Uhr abends

Extra-Konzert.

Leitung: J. Himmels.

Es lädt ergebnist ein Otto Wesser.

Stadtpark Riesa.

Sonntag, den 17. August, nachm. 5 Uhr:

Garten- und Künstlerfest

veranstaltet von der Theatergesellschaft Riesa. Gottspiel
des Herrn G. Ebeling vom Stadtheater Chemnitz.

Großlichtaufführung von:

„Im weißen Rößl“

Schwanck in 3 Akten von Rabelsburg.

Plätze zu 2.- M. und 1.- M.

Fremdenhof „Stadt Dresden“.
Sonnabend, den 16. August, abends 8 Uhr
Großes Breis-Satz-Wettspiel.
Pünktliches Erscheinen aller Freunde und Stammt-
kater erwartet Franz Kuhnert.

Vom Baume der Erkenntnis.

Von Hans Alexander.

Aus dem Inhalt:
Das Schamgefühl.
Verlust der
Jungfräulichkeit.
Die Hochzeitsnacht.
Regeln
für den ethischen
Geschlechtsverkehr.
Verhütung.
Heilung von Ge-
schlechtskrankheiten.
Ausbleiben
der Menstruation.
Einschränkung
des Kindersagens
usw.

Inhalt zum Teil
verborgen gewesen,
wieder freigegeben.

ist nur auf völlig abgegrenzten Feldern von
vorm. 6-11 und nachm. 1-6 Uhr gestattet.
Wegen des Begebens der Feldwege verweilen wir auf
die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft. Zuwid-
erhandelnde machen sich strafbar. Eltern haften für ihre Kinder.
Die Juristenfestschrift zu Riesa.

Für die uns am Tage unserer Vermählung
erwähnten Anwesenheiten lagen wir hierdurch
unsern herzlichsten Dank.

George Otto und Anna geb. Schröder.

Riesa, am 12. 8. 19.

Oberlehrer Dr. Ernst Madlung

Ruth Madlung

geb. Mende

Vermählte.

Jena 11. 8. 19 Riesa.

Gedächtnis, Gedächtnis,
Gedächtnis und Gedächtnis,
Gedächtnis und Gedächtnis,
Gedächtnis und Gedächtnis,
Gedächtnis und Gedächtnis.

Döllscher,
am Schlachthof, Fernstr. 532.

Verzehren Sie nicht, Ihre
Seifenkarten

bei Rudolf Seehof, Riesa,
Bettinerstr. zu meiden und
absteuern zu lassen.
Sie erhalten keine Seifen.

Ia. Scheuerpasta
Gummiseitenerlas
ausdehnen 1 Blatt 2 M.
Bitte Löffel mitbringen.

F.W.Thomas&Sohn.

Rohrklopfer,
starke Ware, empfiehlt
F.W.Thomas&Sohn.

Achtung! Radfahrer!
Mäntel

u. Schläuche
Prima Ware, und
wieder eingetroffen.

Mag Böhme, Lichtensee

Echirot Köper-Inlet
Prima baumwollene Ware

Met. 15.50

Weiss Reinleinen
Bettuchbreite Met. 19.50
Hemdenbreite - 9.75
Seituchstoff - Kaffeesäcke.

Emil Förster
schräg über Apotheke.

Leitern
in allen Größen mit Stufen,
Doppelleitern,
Treppenleitern,
Wandleitern,
Außentreppen
empfiehlt **Döllscher**
am Schlachthof, Fernstr. 532.

Dagmar Theurer
Mediastin

Neu-Weida, Riesaer Str. 21, I.
empfiehlt sich zur Ausstic-
kung einfacher u. eleganter
Damen- und Kinderhüte,
Kleidung und Pelzwaren,
sowie sämtl. Umänderungen.

Am 20. August wird
eröffneten:

Ludendorff
meine Kriegserinnerung

1914-1918
in Halbleinen M. 30.-
in Halbleider M. 42.50.

Bei dem allseitigen Interesse,
das diesen Veröffentlichungen
entgegengebracht wird, ist zu
erwarten, daß die Auflage
sehr vergrößert sein wird. Es
sei deshalb sofortige Bestell-
ung Jedermann empfohlen.

Bei Lieferung

hält sich bestens empfohlen

Joh. Hoffmann, Buchhandlung.

Alle Sorten Koch-

u. Einlege-Töpfe,

Schüsseln und Tasse

in großer Auswahl.

Clemens Weiglig,

Tischdecke, Goethestr. 67.

Töpfe werden mit Draht

umhüllt v. Obigen.

Handwagen

in bekannter Güte.

Stellwagen, Bäder,

Wagengestelle empfiehlt

Döllscher, a. Schlachthof.

Bäcker-Innung.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Verleger und Verleiher: Berger & Winterlich, Riesa. Gedruckt von: Gothaer Druckerei AG. Herausgeber für Riesa: Arthur Höhnel, Riesa; für Zeitz: Wilhelm Dittrich, Zeitz.

Nr. 185.

Mittwoch, 13. August 1919, abends.

72. Jahrg.

Nationalversammlung.

Präsident Gehrenbach eröffnete die gestrige Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Abg. v. Grafe (Deutschland) fragt an, ob die Reichsregierung bereit, darüber Auskunft zu geben, welche Vorbereitungen tatsächlich zu einer raschen Rückkehr der Kriegsgefangenen getroffen, namentlich welche diplomatischen Schritte unternommen worden sind, um der weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen ein Ende zu machen?

Reichsminister des Innern Müller: In einem Zelle der Prese ist leider wiederholt die Beauftragung aufgetreten worden, die Regierung habe nicht allein getan, um die Wiedereinführung der deutschen Kriegsgefangenen zu ermöglichen. Zur Sicherstellung hat sich die Prese auf Versicherungen aus englischen Gefangenenträgern berufen. Die Regierung kann sicher nicht glauben, daß sich derartige offenkundige Entwicklungen der Tatsachen, wie da behauptet wird, in offiziellen Bescheiden und Bekanntmachungen der englischen Regierungsbehörden befinden. Sie hat daher unverzüglich Schritte unternommen, um den Sachverhalt zu klären und Abhilfe zu schaffen. Der Minister gibt sodann einen Überblick über die wiederholten Vorstellungen der deutschen Regierung bei der Entente und die in dieser Angelegenheit überreichten Noten und führt fort: So lange die Sonderkommission, die im Friedensverträge vorgesehen ist, ihre Tätigkeit noch nicht angenommen hat, ist der Abtransport des Kriegsgefangenen noch nicht möglich. Die deutsche Abordnung an dieser Kommission steht bereits seit Beginn der Friedensverhandlungen in Versailles, während die Entente ihre Vertreter noch nicht ernannt haben. Jetzt wird von Kreisen, die die Leidenschaft unserer Kriegsgefangenen politisch auszunützen bestrebt sind und die es sich zur Aufgabe gekürt haben, aus der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen Agitationstross gegen die Regierung zu formen, immer wieder behaupten, die Regierung lasse es an dem allgemeinen Nachdruck fehlen, obwohl diesen Kreisen ganz genau bekannt sein muß, daß die Regierung seinerlei Mittel in der Hand hat, die neuerliche Regierungen zu zwingen, die Herausgabe der Kriegsgefangenen zu beschließen. Mit den Angehörigen der Kriegsgefangenen, mit dem ganzen deutschen Volke weiß sich die Regierung eins in der schärften Verurteilung der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen. Über die Regierung verfügt nicht über die Macht und nicht über die Mittel, um die Leidenschaft der Kriegsgefangenen abzurufen an ihnen. In einer Sitzung am 1. August hat der deutsche Vertreter Herr v. Verschuer nochmals darum gebeten, endlich auf die Kriegsgefangenfrage einzugehen. Minister von Treuen hat versprochen, Clemenceau sofort Vortrag hierüber zu halten. Die Reichsregierung hofft auf die Einsicht unserer Kriegsgefangenen Landes, daß sie sich nicht von der irreführenden Propaganda in den Ländern ihrer Gefangenschaft verführen lassen, solche Ungehorsamkeiten zu glauben, als läse der Reichsregierung nichts an ihrer Heimat. Eine politische Ausklammerung dieses nationalen Gemeinschafts zu trenden Unglücks weist die Regierung mit Entschließung von sich. Sie weiß sich darin eins mit all den Kreisen des Volkes, denen das Schicksal unserer Kriegsgefangenen warm und uneigennützig am Herzen liegt. (Sturmischer Beifall bei den Mehrheitsabstimmungen.)

Abg. v. Grafe (D.-R.): zur Ergänzung der Anfrage: Der Herr Reichsminister Müller hat in Beantwortung meiner lediglich zum Zwecke gestellten Anfrage, den er selbst in seinen Schlussbemerkungen erwähnt hat, nämlich zur Verhüllung unserer Gefangenen und weiter Bevölkerungskreise, die durch die aus dem Auslande gekommene Nachricht tief erschüttert worden sind, es für nötig gehalten, in seiner Antwort . . . (Präsident Gehrenbach, unterbrechend: Herr Abgeordneter! Es gibt bei den kleinen Abfragen nur das Wort zur Ergänzung der Anfrage) Abg. v. Grafe: Das ist keine Anfrage, die in der Weise . . . Präsident Gehrenbach: Sie haben nur das Wort zur Ergänzung der Anfrage. Zu irgendeiner kritischen Bemerkung haben Sie das Wort nicht. § 21 sieht das ausdrücklich vor. — Abg. v. Grafe: Dann richte ich die Frage an den Reichsminister Müller, wen er damit gemeint hat, wenn er von Leuten gesprochen hat, die diese Frage parteipolitisch ausnutzen wollten. (Gelächter und Zwischenrufe Sie! Sie! bei den Soz.)

Reichsminister Müller: Ich meine damit so schamlose Blätter wie die „Deutsche Zeitung“, die in ihrer Ausgabe vom 6. August mit der fetten Überschrift „Eine schwere Anklage gegen die Reichsregierung“ und mit der Unterschrift „Ihre Regierung will sie gar nicht“ solche Behauptungen bringt, und diejenigen Kreise, die sich mit diesen schamlosen Verleumdungen identifizieren. (Wehklatscher Beifall links. Große Unruhe rechts.)

Das Zwielkartengesetz wird in zweiter Beratung ohne Debatte erledigt.

Es folgt die

erste Beratung der großen Finanzgesetze.

Reichsfinanzminister Erzberger:

Das Haus und das deutsche Volk haben ein Recht, mehrere Fragen beantwortet zu hören. Was ist und was muss und wie wird es werden? Was ist? Das größte Finanzland, das die Welt ist zu leben befand. Was werden muss? Baldige Ordnung unseres gesamten Lebens in Reich, Ländern und Gemeinden und Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im großen und kleinen. Wie soll es werden? Wir müssen Abschied nehmen von mancherlei Siebenmonaten, ein durchschnittliches Steuersystem aufstellen, einheitliche Erfassung aller Steuerquellen, Gerechtigkeit auf der einen Seite, Gewissheit auf der anderen. Nur unter diesen Voraussetzungen ist Hoffnung und Möglichkeit, daß Deutschland erhalten bleibt und vor dem schweren Unglück, dem Staatsbankrott, der hier ein Volksbankrott ist, bewahrt wird. Der Redner gibt dann einen Überblick über die Finanzlage, wie sie sich in Deutschland von 1918—19 entwickelt hat. Das kennzeichnet der deutsche Wirtschafts- und Finanzlage, so fast er seine Darlegungen zusammen, ist die ungeheure Fülle des deutschen Volksvermögens. Solcheforderungen müssen noch erfüllt werden, die finanziell und wirtschaftlich von größter Bedeutung sind. Wir müssen sofort mit aller Beschränkung an die Schaffung einer deutschen Haubelskasse herangehen in engerster Zusammenarbeit mit den Parteien und Gesellschaften, die hier bisher dominierend waren. Wir müssen sodann ebenfalls mit größter Beschränkung unseren Auslandsdeutschen mit Reichsvorhüten zu Hilfe kommen. Schon die nächste Woche wird eine Vorlage an die Nationalversammlung bringen. (Weißfahrt) Endlich muss unser Beamtenstand erleichtert werden. Ein verschuldet Beamtenstand ist der Anfang des Ruins für das Land, ein unverschuldet aber eine sehr gute Kapitalanlage. 25 Milliarden neue Steuern müssen aufgebracht werden. Seit dem Weltkrieg ist eine Art Milliardenströme über die Massen gekommen. Das Höchstmaß, welches ein Kriegsstaat an Ansätzen brachte, waren 25 Milliarden. Dieses Höchstmaß muss jetzt ein Volk Jahr für Jahr an Steuern aufbringen, um zu gelingen. Von einem Staatsbankrott würden gerade die untersten Schichten des Volkes

am aller schwersten getroffen werden. Bei einem vollständigen Staatsbankrott würden platt 2% des Volkswertes verloren werden und die gesamte Wirtschaftsmaschine zum Stillstand kommen und das arbeitende Deutschland würde hungern. Wie grauenhaft die Zustände in Deutschland werden würden, ist gar nicht einmal auszumalen. Darauf wird die Reform kommen, weil sie kommen muss. Dazu gehört auch eine vollkommen Umgestaltung der Steuerveranlagung im Sinne höherer Gerechtigkeit. Überall ringt die Arbeit nach höheren und gerechteren Löhnen. Ein wahrer Volksbund ist auch der Bund des arbeitenden Deutschlands. (Weißfahrt Zustimmung) Finanzpolitisch ist der Krieg noch immer nicht abgeschlossen. Noch immer zahlen wir für die großen Kriegsaufwendungen und dazu treten die riesigen Kosten für die Demobilisierung und für die Entschädigungen in der Heimat. Ich werde nicht ruhen und werde nicht raken, um am 1. Oktober einen geordneten Staat vorlegen zu können. Ich habe mit den Ministern schwer darum zu kämpfen, besonders mit dem Kriegsministerium. Regierung und Parlament müssen mit Händen anpacken, um Ordnung in das Chaos der Liquidation des auszunehmenden Kriegsunternehmens zu bringen. Wir haben auch aus dem Friedensvertrag sehr schwere Pflichten übernommen, denen wir mit ehrlichem Willen nachkommen werden. Die Lösung des Problems ist geknüpft an das Wort Arbeit im Dienste des Gemeinwohls. Dem alten Wort „Zum Kriegsführer gehört Geld, Geld und nochmals Geld!“ steht ich das Wort gegenüber: „Zum Frieden gehört Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit!“ (Weißfahrt Beifall.) Nunächst gilt es, die schwedende Schuld zu beseitigen oder herabzumindern. Heute sind es 25 Milliarden. Jeder Tag, den die Reichsbank später in Kraft tritt, bedeutet zwei Millionen Ausfall. Neben neuen Einnahmen aber gilt es, überall Sparhaftigkeit walten zu lassen. Es wird natürlich nicht gelingen, am 1. Oktober schon einen balancierenden Staat vorzulegen. Zur Herabdrückung des Erforderlichen erwarten wir erhöhte Einnahmen aus der Kriegsaufgabe und der Zuwachsabgabe für 1919, auch aus dem Reichsschatz, wenn es angenommen wird. Aber alles in allem werden wir die schwedende Schuld damit auf höchstens 56 Milliarden ermäßigen. Drei Anleihenwege würden und zur Verfügung stehen: Freie Anleihen oder Prämienanleihen oder Zwangsanleihen. Der letztere Weg würde von geradezu verhängnisvoller Wirkung für unser Wirtschaftsleben sein. Er muss also unter allen Umständen vermieden werden. Ob und wann wir den Weg der freien Anleihe beschreiten können oder zur Prämienanleihe übergehen müssen, wird sich hoffentlich noch vor unserem Auseinandernehmen endgültig entscheiden. Die 56 Milliarden schwedende Schuld müssen mit mehr Sorge als 90 Milliarden Kriegsanleihe getragen. Die 90 Milliarden Mark Kriegsanleihe kann mir niemand ländigen und braucht ich nur zu versprechen, wohl aber besteht auf der anderen Seite die Gefahr, daß je schneller unser Wirtschaftsleben in Gang kommt, die Depotengelder aus den Banken und Sparkassen abfließen, und dann bleibt nur noch ein Ausweg übrig, Tag- und Nachzichten in der Reichsdruckerei zur Herstellung von Banknoten. Dann aber würde der Zeitpunkt bald da sein, wo die Mark nur noch 10 Pfennige werte wäre. Die Notenpreise in Gang zu legen, ist kein Weg zur Verminderung der schwedenden Schuld. Dann müssen Maßnahmen getroffen werden gegen die Nachfrage. Es hat sich gerade eine organisierte Steuerflucht entwickelt. Durch die Pflichten, die noch gegen die Steuerflucht ergripen werden sollen, werden übrigens die deutschen Banknoten, die sich im Ausland befinden, seinerlei Wertveränderung erfahren. In jedem Falle werden die Maßnahmen hart, sehr hart sein, aber es kann auch auf diesem Gebiete keine Maßnahme scharf genug sein, um das öffentliche Gewissen aufzurütteln und Gerechtigkeit für alle zu schaffen. Denn wer sich der Belastung entzieht, der schädigt nicht nur die Allgemeinheit, der schädigt jeden einzelnen deutschen Staatsbürgern. Die bis jetzt in zweiter Lesung verabschiedete Steuerflucht und die noch zu verabschiedende Erbschaftsteuer werden circa acht Milliarden bringen. Es müssen aber 25 beschafft werden. Dazu soll in erster Linie dienen die Einnahme aus dem Reichsschatz, aus der Umsatzsteuer und aus der großen Reichsdeutlichkeitsteuer. Aber auch wenn ihre Höhe zum höchsten Maße angepasst werden, werden sie noch nicht ausreichen, und deshalb müssen neue Wege beschritten werden. Hierher gehört die Erhöhung der Pauschalsteuer. In Vorbereitung ist weiter ein Gefangenentwurf über die Sicherung der Mineralöle mit einem Ertrag von etwa 250 Millionen. Alles hängt allerdings davon ab, ob die Höhe der Reichsdeutlichkeitsteuer und der Umsatzsteuer im wesentlichen unverändert angenommen werden. In finanzieller Hinsicht bietet das Reichsschatz die Möglichkeit zur Herabminderung der schwedenden Schuld und Sicherung der Papierwirtschaft und vermindert damit die ungeheure Last des Ainstandsetzens. Es bringt eine größere Stabilität in die Reichseinnahmen und ist dadurch das geeignete Mittel, den Reichskredit zu heben, es gibt den Anlaß zu einer Generalinventur des gesamten Volkswertes, es ist das brauchbare Gegenmittel gegen die verhängnisvolle Erscheinung der Kapitalflucht. Dadurch wird auch der beste Weg wieder frei für die Senkung des Preisniveaus. Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß ein Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens unmöglich wird. Zu den Preisen von 1914 werden wir lange nicht wieder einkauen können; denn die Preise sind in der ganzen Welt erheblich gestiegen, beispielsweise für Lebensmittel in Italien um 481 Prozent, in Frankreich um 388, in England um 240, in Kanada um 215, in den Vereinigten Staaten um 200 Prozent. Eine noch stärkere Steigerung macht sich für Industrieprodukte geltend. 1918 führten wir für elf Milliarden Mark Ware ein, infolge der Entwicklung unserer Valuta müssten wir jetzt dafür 80 Milliarden bezahlen. Nach dem Friedensvertrag und erst recht durch ihre Mandatshöhe hat sich die Entente des Rechtes begeben, Hand auf die Einnahmen aus dem Deutschen Reich zu legen. Sollte sie entgegen dem klaren Rechtsstand und im Widerspruch mit ihrer eigenen Rolle es versuchen, so bedeute das einen unerträglichen Eingriff in die Souveränität des Deutschen Reichs, und mit dem gleichen Rechte könnte sie jede Steuer, die wir etwa benötigen, mit Besiegeln belegen. Das wäre gegen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen, außerdem aber würde die Reichsregierung am 1. September vor die Nationalversammlung treten, um die Erhöhung zu erbringen, das Reichsschatz nicht auszuführen. Die Entente erhält ihre Forderungen in jeder gewünschten Form beobachtet, aber mit Papier kann sie keine einzige Strafe in Nordfrankreich neu bauen, sie braucht dazu die deutsche Arbeit. Die Umsatzsteuer begrenzt vielfach Betriebe. Sie vereinigt in sich die allgemeine Umsatzsteuer, die Zugangssteuer, die Import- und Exportsteuer. Eine Entlastung kleiner Betriebe hat sich als technisch unmöglich erwiesen. Die Reichsabgabenordnung schlägt in den Artikeln 8 bis 30 eine Reichsabgabenordnung vor, die unbedingt noch vor den Herren erledigt werden muss. Mit der Durchführung der Reichsabgabenordnung wird der größte Schritt zur Schaffung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates getan. Vor dem Kriege fielen 5 Prozent des Steueraufkommens von fünf Milliarden dem

Reiche zu, heute fallen ihm 75 Prozent von 25 Milliarden zu. Auf die selbändige Existenz der Einzelstaaten wird ebenso wie auf die der Kommune die weitestgehende Rückicht genommen werden, alle Beschlüsse, daß ihnen die freie Bewegung genommen würde, sind unbegründet. Um die Steuergefege zu dem in Aussicht genommenen Termin in Kraft treten zu lassen, ist es notwendig, die gesamte Steuerreform mit der Steuerorganisation und dem Steuerrecht noch im Laufe dieses Jahres zu verabschieden und damit ein Werk zu schaffen, das an Bedeutung hinter der Reichsverfassung nicht zurücksteht, aber auch dem deutschen Volke zum Segen gereichen wird. Steuern sind sonst keine Wohltat für ein Volk, aber die Steuern, die hier beschafft werden sollen, sollen und werden für das deutsche Volk eine Wohltat sein, denn nur mit ihnen können wir das schaffen, was wir alle wollen, ein neues starkes Deutsches Reich, aufgebaut auf Gerechtigkeit und Demokratie. (Weißfahrt) Weiterberatung Mittwoch 2 Uhr.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Uebergänge der feindlichen Besatzungsstreitkräfte. Die englischen und französischen Besatzungsstreitkräfte haben dem Verbündeten nach neue schwere Uebergänge im befestigten Gebiete sich zu schulden kommen lassen. Ein Volkstum ist bei Teckholz unweit Düsseldorf ohne Grund erloschen worden. Seine Besitzenden mit der Forderung auf Unterstreichung ist abgelaufen. Eine Frau aus Augs., Gattin eines deutschen Ingenieurs, geborene Françoise, wurde unter Demütigungen verhaftet, nach Besançon geschafft, kehrte zurück, wurde von neuem verhaftet und nach Frankreich verschleppt. Über ihren Verbleib ist nichts festzustellen. Auch in diesem Falle fordert eine Note Ausklärung.

Der Streit in Oberösterreich. Die Breitseite des Staatsministeriums in Oberösterreich meldet: Der Streit im oberösterreichischen Kohlenbezirk greift immer weiter um sich. Man kann den Ausstand auf gut 60 v. H. des gesamten oberösterreichischen Kohlenbergbaus bezeichnen. Sehr bedauerlich ist wieder der Schaden, welcher der deutschen Wirtschaft durch diesen neuerlichen politischen Streit entsteht. Nach einer oberflächlichen neuerlichen Beredung dürfte der Rohstoffausfall dieser beiden Streitläge etwa 1 Million Mark betragen. Der Wert der ausgefallenen Kohlenförderung aber etwa 4 Millionen Mark. — Die Hauptpapierfabriken in Oberösterreich liegen bald und Krappitz haben ihren Betrieb wegen Kohlenmangels und Transportbeschwerden völlig eingeklemmt. — Der Streit ist rein politisch. Wirtschaftliche Forderungen sind überhaupt nicht gestellt worden. Ein sogenannter Delegiertenverband hat folgende Forderungen aufgestellt: 1. Rektiose und sofortige Einstellung derjenigen Arbeiter, welche gefeuert worden ist oder die bereits entlassen sind. 2. Zur Einstellung der Grenzgängerleute in ihr früheres Arbeitsverhältnis kann erst dann Stellung genommen werden, wenn zu 1 sämtliche entlassenen Arbeiter eingekettet sind. 3. Entlastung der politischen Gefangenen. 4. Der Delegiertenverband der Obleute Oberösterreichs ist voll und ganz als vertragswürdiger Stand anzuerkennen. 5. Volle Gewähr für ungestörtes Tagen der Delegierten und unentgeltliche Überlassung eines Raumes sowie von Büromänteln, nebst dem dazu gehörigen Inventar. 6. Volle Entschädigung derjenigen Delegierten, welche die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Es werden vier bis fünf Personen in Frage kommen, die künftig ihren Sitz in den geforderten Räumen haben würden. 7. Aufhebung der Grenzperre und des Belagerungszustandes. Wie begründet verlaufen sollte noch gestern verlustig werden, Verhandlungen eingeleitet.

Der Kaliarbeiterstreik abgebrochen. Die Post, Btg. meldet aus Halle: Die von der Streitleitung einberufene Konferenz der deutschen Kaliarbeiter, die Montag in Halle tagte, hat beschlossen, in geheimer Abstimmung, obwohl fast ausschließlich Unabhängige vertreten waren, den Generalstreik der Kaliarbeiter als aussichtslos abzubrechen.

Das Ultimatum der Entente in amtlicher deutscher Übersetzung ist jetzt von der deutschen Liga für Wörterbund zum Preise von Mr. 3.— im Verlag von Hans Robert Engelmann herausgegeben worden. Das Buchlein in der vorliegenden Form hat in der entscheidenden Szene der Nationalversammlung den Abgeordneten vorgelegen. Den vollständigen Friedensvertrag wird die Liga mit einem Kommentar herausgeben, dessen Leitung Professor Schüling übernommen hat und an dem die namhaftesten Mitglieder der Friedens-Delegation mitarbeiten werden. Der Umgang über das Monumentalwerk wird auf 5 Bände in Legion-Format veranschlagt.

Kabinettbildung. Gestern fand in Weimar eine Kabinettssitzung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer statt, in der die Kommission für den Wiederaufbau, die in Berlin verhandelt hatte, Bericht erhielt. Die bisher erzielte Annäherung zwischen der deutschen Arbeiterschaft und den Gegegnern wurde eingehend besprochen. Die Kommission fuhr gestern abend nach Berlin, wo in den nächsten Tagen die Einzelbesprechungen fortgesetzt werden.

Ausgestaltung der Reichsverfassungsordnung. Der Ausschuss der Nationalversammlung für Sozialpolitik hielt gestern Beratungen über die künftige Ausgestaltung der Reichsverfassungsordnung ab. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte, daß eine Notverordnung vorbereitet werde, nach der die bisherigen Rentenzuschüsse von 8 auf 20 Mark monatlich und für Witwenentzüchterinnen von 4 auf 10 Mark erhöht werden sollen.

Die Verfassung Bayerns. Der Verfassungsausschuss des bayrischen Landtages stimmte in namentlicher Abstimmung dem Verfassungsentwurf für den Freistaat Bayern zu und lehnte es ab, die Verfassung einer Volksabstimmung zu unterstellen.

Die Rückkehr der Gefangenen. Laut Korrespondent Hoffmann hat die Reichsleitung auf ein Gründchen der bayerischen Regierung die sofortige Rückkehr der Kriegsgefangenen zu ermöglichen, mitgeteilt, daß entsprechend dem Standpunkt, den die Entente einnimmt, mit der Rückkehr der Gefangenen erst von Mitte September an zu rechnen sei.

Die erste Post aus Amerika ist in Hamburg eingetroffen. Sie umfaßt etwa 140 Briefe.

Petroleum-Einfuhr. Der erste amerikanische Tankdampfer mit Mineralölen für Hamburg ist im Hamburger Hafen angelommen. Der Tankdampfer Chesteron hat 6000 Tonnen hochwertiges Mineralöl für die Mineralölwerke von Albrecht & Co. geliefert. Es befinden sich auch einige 1000 Tonnen Bunkeröle darunter.

Wegen angedeckter Entzündbarkeit mußten an vielen Orten Mitteldeutschlands Militärcommandos zum Ersteinschluß auf das Land gesandt werden.

Zur Erhöhung der Postgebühren. Der Vertreter des Reichspostministeriums teilt mit, daß die Angriffe auf die neuen Postgebühren unberechtigt seien. Die Post könne bei

